

Schwarzwälder Tageszeitung

Seit 1877

Aus den Tannen Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge längerer Abwesenheit oder Verhinderung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Halbjährlicher Preis: Die einseitige Seite oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamenseite 25 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 201

Altensteig Freitag den 28. August.

Jahrgang 1925

Beschlüsse der Reichsregierung zur Preisbildung

Berlin, 27. Aug. Die Reichsregierung hat unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten hinsichtlich der allgemeinen Preisbildung einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung überhöhter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflussreichen Einzelunternehmungen ausgehen werden künftig alle Maßnahmen der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes z. B. nur auf einzelne Länder oder Gemeinden erstrecken. Falls die Durchführung dieser Maßnahme zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzlichen Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen. Insbesondere wird dazu eine Abänderung der genannten Verordnung derart in Aussicht genommen, daß im Verkehr mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der in der genannten Verordnung bezeichneten Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtigen Grund fristlos gekündigt werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

2. Das Reich wird mit den Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz im vollen Umfange wieder zur Geltung kommt. Vereinbarungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesehlich unter Strafe gestellt werden.

3. Den gesetzlichen Körperschaften wird ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der Geschäftsauflage, die mit Bekanntmachung vom 14. September 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung vorgelegt werden.

4. Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldmenge entsteht, vielmehr der Anreiz für deren Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleihung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten, auf, im eigenen Interesse die eingeleitete Gesamttätigkeit zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Streikermäßigungen, insbesondere der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unterstützung. Die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

Das Reichsbankpräsidium hat dazu heute folgenden Beschluß gefasst: Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaues in vollem Umfange beigetreten und wird der Durchführung derselben in seinem Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Wünsche der Kartell- und Preisfondationen systematisch Rast geben und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Ein Jahr Dawesplan

Am 1. September dieses Jahres geht das erste Reparationsjahr seit dem Inkrafttreten des Londoner Abkommens zu Ende. Im Ausland sowohl wie im Inland glaubt man aus diesem Anlaß auf das bisherige Funktionieren des Dawesplanes mit Befriedigung hinweisen zu sollen. Tatsächlich werden auch die bis 1. September fälligen Zahlungen in Höhe von 1 Milliarde Mark pünktlich geleistet werden, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß von der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft nur 200 Millionen angedrückt wurden, während der Rest auf die internationalen Anleihe entfiel. Soweit die Technik der Aufbringung der Mittel wie die Uebertragung der deutschen Zahlungen an die Gegenseite in Frage kommt, wird gegeben werden müssen, daß sich der neue Reparationsplan bewährt hat. Das nunmehr beginnende zweite Reparationsjahr, in das Deutschland nicht mehr auf den Rücken ausländischer Hilfeleistung, d. h. ohne den Ertrag einer ausländischen Anleihe, hinausschaut, wirft schwierigere Probleme auf. In diesem

Jahre ist Deutschland ganz auf sich angewiesen und soll Gesamtleistungen von 1,22 Milliarden an die Gegenseite abführen. Es wird härtester Kraftanstrengung bedürfen, um die deutsche Volkswirtschaft in den Stand zu setzen, eine derartige Leistung im zweiten Jahre aufzubringen. Der Dawesplan beruhte auf zwei Voraussetzungen: einmal darauf, daß die deutsche Wirtschaft infolge der ihr zugestandenen Schonzeit von einem Jahre und des Erlöses der ausländischen Anleihe eine Belebung erfahren würde; dann aber auch darauf, daß das Dawes-Gutachten eine Erleichterung der Wirtschaft bei europäischen Staaten und der gesamten Weltwirtschaft erwartete, die auf diese Weise zur Aufnahme ausreichender Mengen deutscher Produkte befähigt werden sollten. Sind nun diese Voraussetzungen erfüllt? Die Lage des Welthandels hat sich inzwischen nicht gebessert, sondern eher verschlechtert, wobei hier nur auf die Krise im europäischen Kohlenbergbau hingewiesen werden soll. Und was den deutschen Außenhandel betrifft, aus dessen Ueberflüssen das Dawesgutachten in der Hauptsache künftige Reparationszahlungen herzuleiten gedachte, so ist festzustellen, daß der gegenwärtige Stand der deutschen Außenhandelsbilanz alles andere als befriedigend ist. Im Jahre 1924 war ein Passivum von 2,7 Milliarden entstanden, und bereits im ersten Halbjahr 1925 ist der Warenverkehr mit fast 2,3 Milliarden Mark passiv. Auch wenn man berücksichtigt, daß in diesem Passivsaldo von 2,3 Milliarden eine starke Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln enthalten ist, die den Lebensmittelimport des ersten Halbjahres 1924 um fast 900 Millionen übersteigt, und wenn man annimmt, daß dieser Lebensmittelimport wegen der im allgemeinen günstigen diesjährigen Ernte künftig zum großen Teil in Fortfall kommen wird, so bleibt es doch unwahrscheinlich, daß die im Dawesplan angenommene Aufhebung der Reparationszahlungen aus den Erträgen des deutschen Außenhandels für die nächste Zeit möglich sein wird. Der Unsicherheitsfaktor ist um so größer, als die Ausnahmebereitschaft für deutsche Waren im Ausland bei den allgemeinen Schutzollbestrebungen sehr zu wünschen übrig läßt und eine Wandlung hierin in absehbarer Zeit nicht erhofft wird. Allzu optimistische Schlüsse aus dem reibungslosen Ablauf des ersten Reparationsjahres gemäß dem Dawesplan zu ziehen, freit also keine Veranlassung vor.

Zur französischen Antwortnote

Durch das Drängen der Reichsregierung in Paris konnte die französische Antwortnote einen Tag früher veröffentlicht werden. Die Note selbst bringt keinerlei Ueberraschungen und sie unterscheidet sich von den vielen Schriftstücken der letzten Jahre nur durch den höflichen Ton. Die Müst ist aber im Grunde genommen dieselbe geblieben: Sie lehnt die deutschen Darlegungen vom 20. Juni ab.

Zunächst einmal in der Richtung, daß der deutscherseits betonte Standpunkt, der Abschluß eines Sicherheitsvertrages könne nicht ohne Rückwirkung auf die Befehung und die Verhältnisse im besetzten Gebiete bleiben. Außerdem mußte die Möglichkeit offen bleiben, durch friedliche Vereinbarung bestehende Verträge den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die französische Note lehnt diesen logischen und durchaus friedlichen Gedankengang ab und zeigt keinerlei Entgegenkommen. Der schäblichste Versuch Deutschlands nach Überwindung der Besatzungsbestimmungen bei Abschluß des Sicherheitspactes wieder schroff zurückgewiesen. In eine vorzeitige Räumung des noch besetzten Gebietes ist nach der französischen Note nicht zu denken. Die „Heiligkeit der Verträge“ darf nach französischer Auffassung nicht angetastet werden. Deutschland soll beim Sicherheitspact der allein gebende Teil sein.

Auch die zweite Ablehnung hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ohne Vorbehalt dokumentiert die unveränderte französische Gewaltpolitik. Die deutschen Bedenken werden abgelehnt, vorbehaltlos soll sich Deutschland dem Völkerbund unterstellen und nur als ein Art Vorkittel wird dann die allgemeine Abrüstung verheißen. Das just in dem Augenblick, wo alle Welt fieberhaft rüffel, zumal Frankreich für seine zwei Kolonialkriege. Zu allem wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zur Grundlage und Voraussetzung für jede Verständigung in der Sicherheitsfrage gemacht.

Der dritte Punkt der französischen Note betrifft die Schiedsverträge, hinter denen bekanntlich die französische Sanktionspolitik, das Durchmarschrecht und die Hilfeleistung für Polen verborgen liegen. Hier macht Frankreich keine absolute Ablehnung, sondern schöne Worte bezüglich der „Garantien“ und hofft eine Formel zu finden.

Sachlich bringt die Note so nichts Neues und kaum einen Fortschritt für den Sicherheitsvertrag. Bleibt somit nur noch die Hoffnung auf die Konferenz, auf die mündlichen Verhandlungen. Die Juristenkonferenz soll schon in kommenden Woche zusammentreten. Das ist der einzige Fortschritt, den die Note bringt, der nicht zu unterschätzen ist.

Kannicht haben die Juristen das Wort, die bei der Schwere rigkeit der sachlichen Gegensätze eine harte Arbeit haben. Doch handelt es sich nur um informativische Besprechungen

Die Auffassung der Reichsregierung

In einer amtlichen Darstellung wird zur französischen Note seitens der Reichsregierung u. a. folgendes gesagt:

Die deutsche Regierung hat keinen Anlaß, eine Einlassung abzugeben, die sich darauf bezieht, sich über die Einzelheiten des Vertragswerkes zu informieren, schon um für etwaige spätere mündliche Verhandlungen die Möglichkeit zu haben, diese Informationen als Grundlage für ihre eigene Stellungnahme zu verwenden. Die deutsche Regierung, die grundsätzlich dem Gedanken zustimmt, daß der Notenwechsel jetzt abgeschlossen sein soll, muß sich gerade für ihre Stellungnahme für künftige Verhandlungen in den Besitz des gesamten tatsächlichen Materials setzen, weil sie erst von diesem Gesichtspunkt aus ihre eigene endgültige Stellungnahme formulieren kann.

Was die französische Note im allgemeinen anbetrifft, so darf man sagen, daß die darin vertretene Anschauung in einer weniger klaren Form zum Ausdruck kommt, als es in der ersten französischen Note der Fall war. Inwiefern die Note sachliche Änderungen an den Standpunkt der deutschen Note vom 20. Juli zum Ausdruck bringt, ist bei dem ersten Studium schwer zu erkennen, da ihre einzelnen Wendungen ausdeutungsfähig sind und sowohl einer optimistischen wie pessimistischen Auslegung nach dieser Richtung hin Raum geben.

Auf zwei Punkte der künftigen Erörterungen sei aber in diesem Zusammenhang auch heute bereits hingewiesen: Die französische Note erklärt Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erneut als Grundlage jeden Sicherheitspactes. Sie nimmt auch Stellung zu der von Deutschland angetragenen Idee einer allgemeinen Abrüstung, die der Friedensvertrag vorzuziehen, und bekennt sich erneut zu dieser tragenden Idee des Völkerbundes. Deutscherseits kann nicht anerkannt werden, daß Deutschlands bisherige Zugehörigkeit zum Völkerbund einen Grund abgeben hätte, die allgemeine Abrüstung nicht vorzunehmen, zumal in Deutschland schon in Versailles das Ersuchen gestellt hat, der Völkerbund beizutreten, ein Ersuchen, das damals von den Alliierten abgelehnt worden ist, womit sich die Alliierten nach ihrer eigenen Ansicht der Grundlage beraubter Arten die Zugehörigkeit Deutschlands die Idee der allgemeinen Abrüstung praktisch durchzuführen. Grundätzlich darf es nicht übersehen werden, daß die Alliierten für den Fall der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund die Frage einer allgemeinen Abrüstung als nunmehr aktuelle Aufgabe des Völkerbundes anerkennen. Die französische Note verweist Deutschland von ihm wegen seines Eintritts in den Völkerbund bezüglich der Vorbehalte an den Völkerbund selbst und dem Völkerbund gemacht in dieser Frage statthabenden Schriftstücke nimmt Bezug auf die Völkerbundsinstanzen und Deutschland. Der Wechsel zwischen den beiden ist es gewis richtig, daß diese Frage noch zwischen Deutschland und dem Völkerbund gelöst werden muß, aber Frankreich und dem Völkerbund verhängen über den entscheidenden Bereich und keine Alliierten. Deutschland glaubt erwarten zu können, daß dieser Einfluß durch den Einfluß im Völkerbund herbeigeführt werden wird, um dem deutschen Standpunkte dessen berechtigten Wünschen Gleichberechtigung Deutschlands zu entsprechen.

Deutschland fordert kein Sonderrecht für sich, sondern wünscht für alle Völker, die in der gleichen Lage sind wie Deutschland, daß der Gesichtspunkt ihrer allgemeinen Entlohnung oder der Gesichtspunkt ihrer wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Lage bei Verhandlungen über den entscheidenden Bereich und keine Alliierten. Deutschland hat nicht die Absicht, die formalen Bestimmungen des Völkerbundes zu verletzen, wonach der Eintritt jeder Nation ohne Bedingung erfolgen muß. Aber ebenso, wie die im Völkerbunde vertretenen Mächte sich bereit erklärt haben, für den Fall des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für seine Vertretung im Völkerbundsrat und im Sekretariat einzutreten, ist es auch in ihrer Macht, sich dafür verbindlich zu machen, daß die für Deutschland in Art. 16 der Völkerbundscharte liegenden Bedenken ausgeräumt werden.

Daß der Versuch einer ungleichen Behandlung der im Krieg unterworfenen Staaten, wie er sich beispielsweise in der vorbereiteten Regelung der Investitionsfrage bemerkbar macht, nicht anerkennbar ist, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Ebenso darf in diesem Zusammenhang noch einmal verwiesen werden auf die von keiner Seite zurückgewiesenen Erklärungen, die Deutschland in seinem Memorandum vom September v. Js. beizul. der Zurückweisung irgendeiner deutschseits auszusprechenden Anerkennung einer moralischen Schuld auszusprechen hat, sowie auch die weitere Erklärung, daß Deutschland zu den kolonialen Mandaten in derselben Weise angeschlossen werden müßte, wie andere Nationen, die dieses Recht für sich in Anspruch genommen haben.

Die Verhandlungen über das Zustandekommen eines Sicherheitspactes werden unter dem Gesichtspunkt der Verständigung und der Verständigung und der sich daraus ergebenden endlichen Befriedigung der Verhältnisse in Europa. Daß damit die weitere Aufrechterhaltung der nach deutscher Ansicht vertragswidrig be-

Teilen ersten rheinischen Zone (Kölnener Zone) nicht vereinbar ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Deutschland hat seinerseits alles getan, um den in den bestehenden Verträgen niedergelegten Entwaldungsbedingungen der Alliierten zu entsprechen. Niemals ist in der Weltgeschichte die Abrüstung eines Volkes weiter durchgeführt worden, als es gegenüber Deutschland und durch die deutsche Erfüllung des Vertrages geschehen ist, so schwer sie für das deutsche Volk seelisch und materiell war. Die wenigen Restpunkte, die in dieser Zone noch bestehen, dürfen nicht ein Anzeichen sein, die nördliche Rheinlandszone weiter besetzt zu halten.

Von Seiten der Alliierten wie von deutscher Seite wird Wert darauf gelegt, das Zustandekommen eines auf wahrer Gegenseitigkeit beruhenden Sicherheitspaktes herbeizuführen. Das das Zustandekommen des Paktes nicht möglich ist, wenn diese Zone nicht gleichzeitig damit gelöst wird, ist von maßgebender deutscher Seite wiederholt und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht worden. Je früher dieses Hindernis einer endgültigen Verständigung beseitigt ist, um so eher wird dadurch auch diejenige Einstellung des deutschen Volkes gewonnen werden können, die eine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die Bestimmungen der deutschen Reichsregierung in dieser Zone auch von dem Massen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen werden.

Stimmen der Presse

Deutschland

Die „Arbeitszeitung“ betont, daß die französische Note so ziemlich alle deutschen Einwendungen, Wünsche und Bedenken, die in der Note vom 20. Juli zum Ausdruck gebracht sind, unberücksichtigt läßt oder sie umnebt. — Auch die „Deutsche Tageszeitung“ unterstreicht, daß den deutschen Vorbehalten, wie sie in der Note vom 20. Juli mit Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstages niedergelegt worden sind, in keinem einzigen Punkte durch die Briandnote wirklich Rechnung getragen wird. — Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt bezüglich der in Aussicht genommenen Zusammenkunft, daß es sich nur um eine informatorische Aussprache handeln sollte. Damit seien auch die Bedenken hinsichtlich, daß auf diesem Wege Deutschland womöglich wieder in diktatorischer Form zu einem „Vertrau“ gezwungen werden könne. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, die englische Regierung habe vor einigen Tagen in einem ganz ungewöhnlichen Appell die deutsche öffentliche Meinung aufgefordert, die französische Antwortnote mit Wohlwollen zu prüfen. Auf deutscher Seite werde es an dem guten Willen nicht fehlen. Aber guter Wille auf unserer Seite genüge nicht, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die die Note noch nicht beseitigt habe. — Die „Völkische Zeitung“ vertritt es in einer kurzen redaktionellen Bemerkung, daß Briand mit dieser Note der schriftlichen Diskussion einen Abschluß gibt und daß endlich mündliche Verhandlungen an die Stelle der Schriftsätze treten sollen. — Auch der „Vormärz“ bezieht sich auf einen kurzen Kommentar, in welchem er sich für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einsetzt und erklärt, für die Sozialdemokratie sei eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und die Herstellung eines gesicherten Friedens der entscheidende Punkt in der europäischen Politik.

Frankreich

Die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage wird von den meisten Pariser Morgenblättern ohne Kommentar veröffentlicht. Der „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß die Note mit besonderer Klarheit und in einem Geiste der Versöhnung abgefaßt sei. Das Wort geht über Deutschland. Die Verständigung in der Übergabe der französischen Note habe in Berlin einen leichten Eindruck gemacht. Sie sei aber lediglich dadurch hervorgerufen worden, daß die belgische Regierung einige Textänderungen vorgeschlagen habe. — „Le Nouvelliste“ hebt in der Note eine vollständige Klarlegung des französischen Standpunktes in der Sicherheitsfrage und eine formelle Einladung zu weiteren Verhandlungen. — Das „Deuxième“ wirft die Frage auf, ob Deutschland bereits im September um seine Aufnahme in den Völkerbund nachkommen werde. Das Blatt hält dies für kaum möglich, würde diese Tatsache aber sehr begrüßen. — Der „Quotidien“ findet, daß die Note kluge Feinheiten aufweist, mit dem Wunsch zur Unterstreichung mit völliger Aufrechterhaltung der Hauptgrundsätze. — „L'Homme Libre“ schreibt: Die Note Frankreichs beweise keinen guten Willen. Dennoch behält sich Frankreich klar das Recht bezüglich der Anwendung der Garantien vor. — „L'Éclair“ schreibt: Die französische Regierung läßt wohl die deutsche Regierung zur Fortsetzung der Verhandlungen

ern, aber selbstverständlich, wenn Deutschland diese Tat nur als ein Mittel ansieht, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und eine Revision der Verträge zu erreichen, so werden diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen.

Briand über die französische Note

Paris, 27. Aug. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Briand hat die Pressevertreter empfangen und sich über die Note geäußert. Zunächst teilte er mit, daß die Verzögerung in der Uebersetzung der Note durch einige leichte formelle Änderungen verursacht worden sei, die die Alliierten Frankreichs und besonders Belgien erheben hätten. Briand hob hervor, daß Frankreich in seiner Antwort bezüglich der 3 Punkte, die es für wesentlich halte, nicht nachgibt, nämlich erstens der Garantie, zweitens des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ohne Ausnahme- oder Sonderrechte, drittens Ausföhrung der bestehenden Verträge. Nach Briand ist es so gut wie sicher, daß nach der Völkerbundversammlung keine Konferenz der Alliierten stattfinden wird, sondern daß die Konferenzen wahrscheinlich durch Unterhandlungen zwischen den Außenministern der alliierten Länder ersetzt werden wird.

Neues vom Tage

Die Arbeitgeberverbände zur Lohnbewegung im Baugewerbe

Berlin, 27. Aug. Sämtliche deutschen Arbeitgeberverbände erlassen eine Rundgebung, in der es heißt, die deutschen Bauarbeiterlöhne liegen schon seit längerer Zeit über dem Lohndurchschnitt. Sie bewegen sich zwischen 70 und 95 Prozent für den ungelerten und 0,80 bis 1,26 Mark für den gelerten Arbeiter und liegen gegenüber einer Teuerungsziffer von rund 140 Prozent auf der Höhe von 140 bis 180 Prozent der Vorkriegslöhne. Bei Alltagsarbeit werden tatsächliche Verdienste bis zu 3 Mark die Stunde und mehr erreicht. Der Index der Baukosten ist um rund 40 Punkte höher als das allgemeine Preisniveau. In manchen Bezirken, so besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben übermäßige Lohnerhöhungen durch den Schlichter dazu geführt, daß die Bauaktivität stillgelegt werden mußte. Nach Lage der Gesamtwirtschaft, wie der Bauwirtschaft im besonderen ist eine weitere Lohnerhöhung unmöglich. Neue Lohnerhöhung bedeutet die Gefahr des Zusammenbruchs der privaten Bauwirtschaft, der 2 Millionen in der Bauwirtschaft lebende Arbeitnehmer treffen und weit über das Baugewerbe hinausgreifen würde. Eine Lohnerhöhung im Baugewerbe würde sich sofort auf die Industrie, Handel und Handwerk forsetzen und Preissteigerungen nach sich ziehen, die andererseits wieder neue Lohnforderungen zur Folge hätten. Die Bemühungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsverbände, weiteren Preissteigerungen vorzubeugen und eine Preisminderung zu erreichen, würden von vornherein vergeblich und aussichtslos sein. Nicht darum handelt es sich, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch niedrige Löhne herabzudrücken. Aber nicht Erhöhung der nominellen Lohnziffern, sondern nur Steigerung und Verbilligung der Produktion und damit Stärkung der Kaufkraft kommen Verbrauchern und Arbeitnehmern zugute.

Schiedspruch im Bankgewerbe

Berlin, 27. Aug. Heute fanden, wie uns der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Ruttig Schlichtungsverhandlungen für das Bankgewerbe statt. Nach langen Beratungen kam gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer ein Schiedspruch zustande, nach welchem die gegenwärtigen Gehälter der Bankangestellten bis zum 31. Oktober in Kraft bleiben sollen.

Eine Million Schäden bei der Mansfelder Unwetterkatastrophe

Halle, 27. Aug. Der durch die Unwetterkatastrophe im Mansfelder Kreis verursachte Schaden beläuft sich nach den neuesten Schätzungen auf 1 200 000 Mark.

Für die Einführung des Einfuhrsteuereinstells

Berlin, 27. Aug. Der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth hat ein Schreiben an den Reichsanwalter gerichtet, in welchem er unter Hinweis auf die Abfahrtsreise für die Ernteerträge dieses Jahres sofort die Wählfähigkeit durch Einführung des Einfuhrsteuereinstells fordert. Nach Mitteilung des deutschen Landwirtschaftsrates haben die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft eine Entschließung gefaßt, in welcher die unverzügliche Inkraftsetzung des Einfuhrsteuereinstells gefordert wird.

Die Weltkonferenz in Stockholm

Stockholm, 27. Aug. Die Weltkirchenkonferenz setzte unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Uppsala ihre Beratungen fort und behandelte als ersten Gegenstand das Thema „Weltbund zur Förderung des internationalen Verständnisses durch die Kirchen“. Nach der Aussprache über dieses Thema und nach Beratung über die Frage, „Kirche und internationale Beziehungen“, sagte der Vorsitzende in seinen Schlussworten der deutschen Delegation besonderes Dank, weil sie durch ihre tiefgründigen, wahrheitsliebenden Ausführungen eine oberflächliche und nur optimistische Behandlung der überaus schwierigen Fragen verhindert habe. Der Bischof richtete an die deutschen und die amerikanischen Vertreter die eindringliche Bitte, dem Gedanken des Völkerbundes ihre Sympathie zu schenken, da hier der Boden für eine praktische Wirksamkeit wahrer Internationalität liege.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 28. August 1925.

* Amtliches. Ernannt wurde der vollbefohlene Oberamtsarzt Dr. Voh in Calw zum Medizinalrat ohne ärztliche Praxis.

Gemeinderatsitzung am 26. August; anwesend: der stellvertretende Vorsitzende und 11 Mitglieder. Vom städt. Forstamt wird der Nutzungs- u. Kulturplan für 1926 zur Genehmigung vorgelegt. Ersterer sieht eine Schlagnutzung von 5000 Fm. und eine Durchforstungsnutzung von 1 800 Fm. vor, während der Kulturaufwand von 9 000 RM in Rechnung stellt. Die Genehmigung wird ausgesprochen. — Einem Beitragsgesuch der Viehzüchtergenossenschaft Nagold zur Abhaltung einer Jungviehprämierung in Altensteig entspricht der Gemeinderat insofern, als 100 RM verwilligt werden. — Für den Verkauf des städt. Gebäudes in der Poststraße werden die Zahlungs- und sonstigen Bedingungen entfällt formuliert. — Von der städt. Sparkasse ist eine neue Geschäftsordnung enthaltend die Bestimmungen über den Geschäftsverkehr der Girokasse mit den Kunden erlassen worden. Diese Geschäftsordnung wird der Zustimmung des Gemeinderats unterstellt. — Die Grundzüge für Vaudarlehen werden ergänzt und präzisiert; den Baukosten ist die entsprechende abgesetzte Urkunde zur Unterzeichnung vorzulegen. — Einige Wohnungssachen u. kleinere Gegenstände kommen noch zur Besprechung bezw. Verleibung.

— Änderung der Invalidenversicherungsbeiträge. Die Invalidenversicherungsbeiträge betragen vom 28. September 1925 ab bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst bis zu 6 Reichsmark wöchentlich 25 %, bis zu 12 Mark wöchentlich 50 %, bis zu 18 Mark wöchentlich 70 %, bis zu 24 Mark wöchentlich 100 %, bis zu 30 Mark wöchentlich 120 %, von mehr als 30 Mark wöchentlich 140 %. Der wöchentliche Arbeitsverdienst setzt sich zusammen aus dem Barlohn und dem Wert der Sachbezüge (Kost, Wohnung, Heizung, Beleuchtung). Invalidenversicherungsbeiträge, die erst nach dem 15. Oktober 1925 für frühere Zeiten nachentrichtet werden, sind ohne Ausnahme nach den neuen Vorschriften zu leisten.

Manon Linders

Original-Roman von Marie Harling.

26) (Nachdruck verboten.)

Manon, nun hören Sie mich an! Könnten wir nicht unser Leben etwas anders einrichten? Es ist eine unhaltbare Stellung, die wir beide einnehmen. Länger läßt sich die Sache doch nicht mehr hinauschieben. Wir müssen unser Geheimnis offenbaren; denn wohin soll das auf die Dauer führen? Sie können doch nicht ihr ganzes Leben lang diese Kette so weiter schleppen.“

Manon ist es, als sollte der Herzschlag stocken bei diesen Worten. Kein Zweifel, er will sich von ihr lösen, was anders sollten seine Worte denn bedeuten? Umsonst bemühte sie sich, ihre Ruhe zu bewahren, umsonst sagte sie sich: das hast du kommen sehen. Sie kann es nicht verhindern, daß Totenblässe ihr Gesicht überzieht, daß der erschreckte, trostlose Blick ihrer Augen an seinem Munde hängt, als erwarte sie ihr Todesurteil.

Dagobert fährt mit der monotonen Stimme eines Menschen, der es müde ist, gegen sein Schicksal anzukämpfen, fort: „Könnte ich alles umgesehen machen, Manon, vollständig umgesehen, ich täte auf der Stelle; aber ich kann es nicht, es liegt außerhalb meine Macht. So müssen wir denn versuchen, uns mit unserem Schicksal abzufinden. Aber Klarstellen müssen wir unser Verhältnis. So wie es jetzt ist, ist es einfach unhaltbar.“

Bei den letzten Worten hat er den Kopf gewendet, jäh blickt er in Manons todtrauriges, klares Gesicht. Ihrer schmerzlichen Bestürzung einen völlig falschen Grund unterstreichend, fährt er in bitterem, heftigen Unwillen vertauschenden Ton fort: „Blicken Sie mich nicht so anklagend an! Meine Schuld ist es nicht, daß wir beide in eine so schiefen Lage kommen. Was aber nicht jetzt alles Klagen? Die Dinge lassen sich nicht ändern! Nur Klarheit will ich endlich schaffen zwischen uns.“

Manon hebt den Kopf. Ein leises Beben steigt in ihrer Stimme, als sie antwortet: „Ich mache Ihnen ja keinen

Vorwurf, Herr Herzogthof; ich weiß ja, daß Sie ebenso wie ich ein Opfer der Verhältnisse wurden.“

„Mit Worten machen Sie mir keinen Vorwurf, Manon, aber täglich, stündlich durch Ihr Benehmen. Dadurch, daß Sie jede Aussprache unmöglich machen, dadurch, daß Sie trotz meiner Bitten in Ihrer dienenden Stellung bleiben, beleidigen Sie stündlich meine Ehre. Sie wissen das alles wohl, aber Sie tun dennoch nichts, um eine Änderung herbeizuführen.“

„Doch Herr Herzogthof, ich habe Frau Seefeld dringend gebeten, mich zu entlassen, allein sie hat mich einfach ausgelacht. Was sollte ich ihr auch auf die Frage, wohin ich gehen wolle, antworten?“

„Ja, wollen Sie mich denn durchaus nicht verstehen? Wohin Sie gehen sollen? Wohin denn anders als —“

Er hält einen Augenblick inne, heiße Glut steigt ihm plötzlich ins Gesicht, dann hebt er wie in raschem Entschluß den Kopf empor, und ohne daß sich der finstere Blick in seinen Augen verliert, stößt er fast heiser hervor: „Zu mir sollen Sie kommen, zu Ihrem, Ihnen vor Gott angetrauten Gatten!“

Ruh ist es heraus, schwer atmend steht Dagobert vor der bestürzten Manon. Am ganzen Körper zitternd, mit angstvoll geweiteten Augen bildet sie eine Erscheinung grenzenloser Verzweiflung. Der Wintergarten ist nur spärlich durch einige Lampen erhellt, die grün verschleiert, das Gesicht der jungen Dame noch tiefer erscheinen lassen, als es eigentlich ist. Dagobert sieht den geängstigten Blick und sein Ton wird schroffer, als er fortfährt: „Bin ich denn wirklich so schlecht, habe ich ein so schweres Verbrechen begangen, daß Sie mich ansehen, als sei ich ein Tyrann? Was will ich denn von Ihnen? Nur Frieden und Ruhe will ich haben, nur das unhaltbare Verhältnis beseitigen, in dem wir zueinander stehen. Dasselbe läßt sich nun und nimmermehr aufrecht erhalten. Dieses Verbrechen verträgt sich nicht mit meiner Ehre. Immer suchte ich eine Gelegenheit, Ihnen das zu sagen, aber Sie wichen mir ganz

offenherzig aus. Warum sollen wir nicht vor aller Welt bekennen, daß wir zusammengewöhrt?“

Manon hat sich gewaltig gefaßt bei Dagoberts Worten. Nicht Angst hat sie empfunden, eher eine überwältigende Freude, als er sprach: zu mir sollen Sie kommen! Aber diese Freude ist schon zerstört in dem Augenblick, da sie sich ihrer noch kaum bewußt ist. Seine Worte: Frieden und Ruhe will ich haben, zeigen ihr deutlich genug, daß nicht ihr Bestes es ist, den er erhebt, sondern, daß nur sein Stolz leidet, seine Ehre. Um der Liebe willen hätte sie alles vergessen können, so aber kann und will sie dem Manne nicht folgen, der ihre weibliche Würde so grenzenlos erniedrigt, der so gering von ihr geachtet hat. Eine tiefe Bitterkeit fällt noch immer ihre Seele, wenn sie daran denkt, wie er ihr an jenem ersten Morgen ihrer Ehe seine Verachtung entgegenstieß, wie er sie jäh aus allen Himmeln riß.

Bitterkeit klingt auch aus dem Ton ihrer Stimme, als sie antwortet: „Warum machten Sie denn dieses Bekenntnis, daß wir zusammengewöhrt, nicht gleich am ersten Tage ihrer Anknüpfung? Warum teilen Sie Ihren Angehörigen überhaupt nichts von unserer stattgehabten Vermählung mit? Warum verschweigen Sie, daß Sie mich geheiratet hatten? O, ich weiß es wohl, Sie glaubten sich meiner schämen zu müssen, Sie hielten es nicht der Mühe wert, von dem dummen, einseitigen Ding auch zu sprechen! Ein verborgenes Dasein sollte ich führen, verstehen mußte ich mich vor aller Welt! Ja, fühlen Sie denn nicht wie fürchtbar entsetzend und beleidigend es für mich war? Mit Füßen getreten haben Sie meine Ehre und Würde, ohne danach zu fragen, was ich dabei empfand! Und nun meinen Sie, Sie brauchen nur die Hand auszurecken nach mir, und ich werde alles vergessen, was geschehen ist! Aber daran täuschen Sie sich! Ich bin das dumme Kind nicht mehr, das ich war, als ich mir einbilden konnte, der stolze Herzogthof begehrte mich; um meiner selbst willen! Ich habe auch meinen Stolz, wenn ich auch nur die Tochter des verachteten Kafflers bin!“ (Fortsetzung folgt.)

Wichtige Bekanntmachungen.

Schutzabzeichen für Schwerhörige, Ertaubte, Taubstumme und Blinde.

Der württ. Verein für Schwerhörige und Ertaubte, der württ. Taubstummen- und der württ. Blindenverein, haben ihren Mitgliedern empfohlen, zum Schutz gegen die Gefahren des Straßenverkehrs folgende Abzeichen zu tragen:

1. für Schwerhörige und Ertaubte: hellgelbes Armband am linken Oberarm mit drei kreisrunden schwarzen Punkten.
2. für Taubstumme: desgl. wie bei Ziffer 1 mit einem 1 cm breiten roten Streifen.
3. für Blinde: desgl. wie Ziffer 1 mit einem 1 cm breiten blauen Streifen.

Die Führer aller Fahrzeuge, insbesondere die Lenker von Fuhrwerken, die Radfahrer und die Kraftfahrzeugführer werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Trägern dieser Abzeichen nicht vorausgesetzt werden kann, daß sie im Stande sind, die üblichen Warnungs- bzw. Fahrtrichtungszeichen wahrzunehmen. Es ist daher dringend geboten, bei Begegnungen mit solchen Personen die größte Vorsicht walten zu lassen.

Die mit der Regelung des Verkehrs betrauten Polizeibeamten sind von den Ortspolizeibehörden über den Zweck und die Bedeutung des Schutzabzeichens zu belehren und ihnen die weiteren erforderlich erscheinenden Weisungen zu geben (vgl. auch den Erlaß des Ministeriums des Innern an die Ortspolizeibehörden, betreffend Schutzabzeichen für Schwerhörige, vom 28. Juli 1920, Nr. IV 3994, Amtsblatt S. 242).

Nagold, den 27. August 1925.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Jagdpolizei.

Die Handhabung der Jagdpolizei innerhalb des Gemeindebezirks Nagold ist gemäß § 2 der Min. Verf. vom 17. 2. 1882 (Reg. Bl. S. 76) in stets widerruflicher Weise dem Waldschütz und Gemeinderat Büchle in Nagold übertragen worden.

Nagold, den 27. August 1925.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Für die Einmachzeit empfehlen wir:

Pergamentpapier

W. Rieker'sche Buchhandlung Altensteig.

Naß wischbare

Boden-Beizen

für Tannenholz- u. Parkettböden empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie

Fritz Schlumberger, Altensteig gegenüber „Grünen Baum“
Telefon Nr. 50.

Inserate

für die morgige Samstagnummer bitten wir mögl. frühzeitig, größere schon heute, aufzugeben.

Briefordner
und
Schnellhefter

sowie
Durchschlagpapier
Schreibmaschinen-
Kohlenpapier

hat stets auf Lager die
W. Rieker'sche Buchhdlg.

Fertige Anzüge

für Knaben von Mk. 6.— bis Mk. 50.—
für Burschen von Mk. 30.— bis Mk. 80.—
für Herren von Mk. 35.— bis Mk. 125.—
in großer Auswahl. Tadelloser Sitz, gute Verarbeitung. Auf Wunsch Teilzahlungen.

Paul Ränchle am Markt **Calw**

Heute Abend 8 1/2 Uhr

Bibelstunde

(Herr Hartmann, Heilbronn)
im Gemeindehaus.



Samstag
Monats-
Versammlung.

Punkt 1/2 Uhr
Ausgangsbildung.

Nagold. Löwen Lichtspiele

Samstag 8.30.
Sonntag 4.15 und 8.30.
Ein Film der Feuerwehr

Der 3. Mann

in 7 spannenden Akten.

Die Feuerwehr von einst und jetzt bei der Bekämpfung des Großfeuers. Für jedermann lehrreich.

Beiprogramm:

Das reizende Lustspiel
**Fatty als
Heiratskandidat**
5 Akte.

Gesucht wird williges

Mädchen

zur Beihilfe im Haushalt.
Von wem? — sagt die
Geschäftsf. ds. Bl.

Altensteig.

Frucht-Siebe

aller Art, für die Landwirtschaft, sowie

Mehl- u. Haarfiebe
empfehlen

Lorenz Luz jr.



putzt und
reinigt alles!

Höchste
Reinigungswirkung
und vielseitige
Verwendbarkeit
zeichnen es aus.

ATA
Henkel's Putz-
und Scheuermittel

Eine junge, fehlerfreie,
hochtrachtige



verkauft oder verkauft
Ruh
Fr. Soos, Spielberg.

Wohnungs-Mietverträge
sind zu haben in der
B. Rieker'schen Buchhandlg.

Tüchtiger, jüngerer

Pferde-Knecht

und Pferdepfleger, mit guten Zeugnissen, kann sofort bei freier Station und gutem Lohn eintreten bei

Gebrüder Red, Dampfzüge u. Herrenberg.

Altensteig.

Zur jetzigen Bedarfszeit
empfehle

ft. Hengstenberg Weinessig
in zwei Qualitäten

ft. Vorlauf-Mohnöl
ft. Sesam-Tafel- und Salatöl
hochfein Tafel-Öl in 1/2 Liter-Flaschen
hochfein Olivenöl, Marke Bierge

in 1 und 2 1/2 Liter-Kannen
zu billigsten Tages-Preisen

Chr. Burghard jr.

Werbeschwimmfest

am Sonntag, den
30. August 1925 nachmittags
1/3 Uhr am Stauweiher

veranstaltet von der Schwimmabteilung des Turnvereins Altensteig, unter Mitwirkung d. Stadtkapelle

PROGRAMM:

1. Eröffnungslagenstaffel 4 x 50 Mtr. Brust, Seite, Rücken, Hand über Hand.
2. Damenschwimmen 50 Mtr. beliebig
3. Rettungsschwimmen
4. Brustschwimmen 50 Mtr.
a) unter 16 J. b) von 16—20 J. c) über 20 J.
5. Einlage
6. Streckentauchen
7. Tellertauchen
8. Bruststaffel 4 x 50 Mtr.
9. 100 Mtr. beliebig.
10. 100 Mtr. beliebig für Nichtmitglieder

Abends 1/8 Uhr Preisverteilung im „Grünen Baum“ und gemütliches Beisammensein.
Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfg.

Sammlung 1/2 Uhr b. Bahnhof. — Änderungen im Programm vorbehalten. Ausschneiden und mitnehmen. Anmeldungen zu den Schwimmwettkämpfen werden am Start noch entgegengenommen.

Sonntag, den 30. August 1925

Austragung der Gaumeisterschaft

im Sportverband Schwaben.



I. Sportv. Altensteig — I. Sportv. Hochdorf

Sportplatz: Hesselhausen.

Abfahrt der Altensteiger Mannschaft

Sonntag Vormittag 9 Uhr.

Freunde und Gönner des Fußballsports sind zu diesem sicher interessanten Treffen herzlich eingeladen. Sammlung vor Abgang des Zuges am Bahnhof.

Sportver. Altensteig.

Freie Schreiner-Innung Nagold. Voll-Versammlung

am Samstag, den 29. August, mittags 4 Uhr,
bei Luz z. Eisenbahn.

Tagesordnung:

Lehrmeinung, Bericht über den Verbandstag,
Schlussabrechnung über unsere Möbelanstellung,

wozu sämtliche Mitglieder eingeladen werden.

Nagold, den 26. August 1925.

Obermeister Gabel.

Gompelscheuer.

Am kommenden Sonntag, den 30. August findet bei mir

Saal-Einweihung

mit musikalischer Unterhaltung

statt, wozu freundlichst einlabet

Georg Theurer z. Lamm.

NB. Streitsüchtige haben keinen Zutritt.